

NEUES DEUTSCHLAND
Zeitung der Sozialistischen
Einheitspartei Deutschlands -
Partei des Demokratischen Sozialismus

DAS REDAKTIONSKOLLEGIUM
Chefredakteur: Dr. Wolfgang
Spickermann; stellvertretende
Chefredakteure: Reiner Oschmann,
Michael Müller, Dieter Brückner,
Dr. Rolf Günther;
Rosemarie Blaschke, Peter Berger,
Karin Dörre, Dr. Sander Drobela,
Hans-Jörg Glöde, Gerd Prokot,
Klaus Ullrich;
Verlagsdirektor: Rudolf Danek.

**Modrow sprach mit
Armeegeneral Luschew**

Berlin (ADN). DDR-Ministerpräsident Hans Modrow traf am Mittwoch mit dem Oberkommandierenden der Vereinten Streitkräfte der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages, Armeegeneral Pjotr Luschew, zusammen. Hans Modrow informierte über die am selben Tag beendete RGW-Tagung. Im Mittelpunkt des weiteren Meinungsaustausches standen Fragen der Militärreform in der DDR.

Die Gesprächspartner erörterten den Beitrag der DDR als Mitglied der Organisation des Warschauer Vertrages. Gemeinsam gelte es, Frieden und Stabilität im Herzen Europas zu gewährleisten, ausgehend vom Prinzip hinlänglicher Verteidigung und gleicher Sicherheit für alle Staaten. In diesem Sinne habe auch die Nationale Volksarmee ihre Bündnisverpflichtungen in Übereinstimmung mit dem Verfassungsauftrag zu erfüllen, das friedliche Leben der Bürger gegen Angriffe von außen zu schützen.

An dem Gespräch nahm Verteidigungsminister Admiral Theodor Hoffmann teil.

**Grüne unterstützen
Gysi-Vorschlag**

Berlin (ADN). Die Grüne Partei in der DDR begrüßt es, daß sich der Vorsitzende der SED-PDS, Gregor Gysi, den Grünen-Forderungen anschließt und vorgeschlägt, die Mittel aus der Abrüstung im Umweltschutz zu verwenden. Das erklärte Gerd Klötzer, Sprecher der Grünen Partei in der DDR. "Wir bitten darum, auch seitens seiner Partei darauf einzuwirken, daß dieser Prozeß sowohl vor als auch nach den Wahlen kontrollierbar gestaltet wird", sagte er.

Botschafter akkreditiert

Berlin (ADN). Der amtierende Vorsitzende des Staatsrates der DDR, Prof. Dr. Manfred Gerlach, empfing am Mittwoch den Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafter der Republik Niger, Pierre Aussel, zur Entgegennahme seines Beglaubigungsschreibens.

**Europaparlamentarier
zu Gast in Volkskammer**

Berlin (ADN). Die Relikte der Vergangenheit sollten überwunden und eine breite Zusammenarbeit zwischen dem Europäischen Parlament und der Volkskammer entwickelt werden. Dafür sprachen sich am Mittwoch im Hause der Volkskammer Mitglieder der Fraktion der Sammlungsbewegung der Europäischen Demokraten (Neogaullisten) des Europäischen und Volkskammerabgeordnete von BDD, FFD, CDU, FDJ, KB und LDPD aus.

Álainn Pempidou bezeichnete es als Ziel einer von ihm geleiteten Gruppe des Europaparlaments, die Zusammenarbeit mit den höchsten Volksvertretungen Osteuropas zu fördern und damit Möglichkeiten für die Integration in Europa zu schaffen. Es komme darauf an, Verständnis für die Probleme der einzelnen Länder zu schaffen.

Pempidou informierte, daß er im Europaparlament ein Vorhaben zur Stationierung eines Ensembles von Satelliten im Weltall initiiert wolle, um den Empfang aller nationalen Fernsehsendungen überall auf dem Kontinent zu ermöglichen.

**Honecker am Mittwoch
an Nierentumor operiert**

Berlin (ADN). Erich Honecker ist am Mittwoch in der Urologischen Klinik der Charité an einem bösartigen Tumor der rechten Niere operiert worden. Darüber informierte das Ministerium für Gesundheitswesen. Der Tumor wurde radikal entfernt, die Operation ist erfolgreich verlaufen. Dem Patienten geht es den Umständen entsprechend gut.

**Generalstaatsanwalt
zum Fall Schalck**

Berlin (ADN/ND). Der Generalstaatsanwalt der DDR protestierte gegen die vom Generalstaatsanwalt beim Kammergericht in Berlin (West) verfügte Haftentlassung des Ex-Staatssekretärs Schalck-Goldkowsky und seine Nichtauslieferung an die DDR. Die gegenüber der Presse abgegebene Behauptung, Schalck-Goldkowsky könne in der DDR möglicherweise zu einer der Tat nicht angemessenen Strafe zur Verantwortung gezogen werden, die nicht dem Gegenstand des Ersehens um Auslieferung entspricht, stehe in direktem Widerspruch zu der offiziellen schriftlichen Mitteilung an den Generalstaatsanwalt der DDR.

**Gewerkschaften wollen ab
1991 erhöhten Grundurlaub**

Peplowski: Derzeitige soziale Bedingungen erhaltenswert

Berlin (ND). Ein Forderungenpaket der Gewerkschaft zu Arbeitszeit und Erholungsurlaub stellten am Mittwoch auf einer Pressekonferenz in Berlin die Vorsitzenden des Vorbereitungsausschusses für den Außerordentlichen FDGB-Kongress, Werner Peplowski, und Siegfried Sahr, Vertreter des Vorbereitungsausschusses, vor.

Der FDGB geht dabei wie die Regierung davon aus, das zu erhalten, was in unserem Land gegenwärtig an sozialen Bedingungen vorhanden ist, betonte Werner Peplowski. In der Wirtschaftsreform müßten jedoch auch soziale Ziele Eingang finden, die den berechtigten Interessen der Werktätigen entsprechen. Das Vorbereitungsausschuss habe dazu bisher etwa zehntausend Vorschläge und Hinweise von den Mitgliedern erhalten. Die jetzt vorgelegten Forderungen seien zugleich von einem Realitätsgefühl geprägt, der das gegenwärtig Machbare im Auge habe, und sollen bis zum Kongreß weiter diskutiert werden.

**Kommunale Selbstverwaltung
durch Reformen angestrebt**

Dr. Peter Moreth: Ländereinteilung keine Tagesaufgabe

Berlin (ND). Die staatlichen Aufgaben effektiver, mit verringertem Aufwand, aber höherer fachlicher Kompetenz sowie für die Bürger überschaubar durchzuführen sei ein Anliegen der begonnenen Verwaltungsreform. Dr. Peter Moreth (LDPD), Vizepremier für örtliche Staatsorgane, bezeichnete am Mittwoch in einem Pressegespräch diese Reform als einen Prozeß weitreichender Veränderungen, der sich objektiv in Etappen vollziehen muß. Er unterstrich, daß trotz Strukturveränderungen die Arbeitsfähigkeit der örtlichen Staatsorgane stets gewährleistet sein muß.

Im Mittelpunkt der Verwaltungsreform stehe die Herausbildung der kommunalen Selbstverwaltung, deren rechtliche Grundlage eine in diesem Jahr zu erarbeitende Kommunalverfassung sein sollte. Es gelte, Voraussetzungen zu schaffen, daß die Städte und Gemeinden ihre Aufgaben in hoher Eigenverantwortung lösen können. Dazu gehören auch kom-

munales Eigentum. Über die Verwendung der materiellen und finanziellen Fonds müssen die örtlichen Volksvertretungen selbstständig entscheiden. Dr. Moreth verwies in diesem Zusammenhang darauf, daß die Anzahl zentraler Kennziffern drastisch verringert wurde.

Neben solchen kurzfristigen Maßnahmen bedürfen Entscheidungen über andere möglichen Veränderungen längerer Zeit. Der Politiker verwies vor allem auf die Einteilung der DDR in Länder. Dies sei keine Tagesaufgabe, betonte er. Obwohl sich die Waage in Richtung Länder neige, seien doch vielfältige Aspekte zu berücksichtigen. Allein zu den künftigen Ländergrenzen gebe es viele unterschiedliche Auffassungen. "Wir möchten stabile Lösungen, die von der Mehrheit der Bürger getragen werden", sagte er. Deshalb müsse die Länderfrage im Zusammenhang mit einer Volksabstimmung über eine neue Verfassung entschieden werden.

Grenzkommandeure der DDR und BRD:

**Ordnung und Sicherheit für
die Bürger garantieren**

Grevesmühlen (ADN/ND). Zu einem ersten informellen Gespräch trafen sich am Mittwoch Kommandeure des Bundesgrenzschutzes aus dem BRD-Land Schleswig-Holstein und der Grenzbrigade Küste der DDR in der Grenzübergangsstelle Selmsdorf. Die Vertreter der Grenzschutzorgane beider Staaten legten ihre Auffassungen zur aktuellen Lage an der Seegrenze im Raum der südwestlichen Ostsee dar. Auch nach Öffnung der Grenzen zwischen beiden deutschen Staaten komme es darauf an, Ordnung und Sicherheit im Interesse der Bürger zu garantieren. Insbesondere gehe es darum, bei auftretenden komplizierten Situationen eine schnelle, vertrauensvolle gegenseitige Information und Zusammenarbeit zu sichern.

Weiterhin wurden Fragen erörtert, die den zu erwartenden grenzüberschreitenden Sportbootverkehr beider Staaten betreffen. So ist vorgesehen, daß die Ein- und Ausreise in Häfen der DDR über Grenzübergangsstellen erfolgt. Dabei wird Sportbooten

das Recht der Durchfahrt gewährt.

Übereinstimmung erzielten die Gesprächspartner über rasche Hilfeleistungen bei Unglücksfällen und bei der Feststellung von grenzüberschreitenden. Gewässerverunreinigungen, um damit Voraussetzungen für die Arbeit der zuständigen Behörden zu schaffen. Bei Begegnungen ihrer Schiffe und Boote auf See wollen beide Seiten Wert auf die Anwendungen traditioneller Gepflogenheiten legen. Auch künftig sollen Kontakte in praktischen Fragen des grenzbezogenen Seeverkehrs im Bereich der Lübecker und Mecklenburger Bucht aufrechterhalten werden.

An der Begegnung nahmen der Kommandeur des Grenzschutzkommandos Küste, Kommandeur i. BGS Diethelm Brückner, und des BGS-See, Polizeidirektor i. BGS Siegfried Gehrke, sowie seitens der DDR Konteradmiral Herbert Städte und Fregattenkapitän Dietrich Reimann teil.

**Fragen des Rechts erörtert
Berliner Anwaltskollegium mahnt zur Besonnenheit**

Berlin (ND). Über "Fragen des Rechts und der Rechtssicherheit nach dem Oktober 1989" diskutierten am Mittwoch Mitglieder des Kollegiums der Rechtsanwälte in Berlin. Vertreter der Berliner Gerichte, der Staatsanwaltschaft, von Notariaten und des Zolls waren als Gäste geladen. Vorstandsvorsitzender Dr. Friedrich Wolff wies auf das Spannungsverhältnis zwischen der Größe der vor uns stehenden Aufgaben auf der einen Seite und der dafür zur Verfügung stehenden Zeit auf der anderen. Es sei dringend notwendig, neue weitreichende Gesetze zu schaffen, um Rechtsstaatlichkeit zu gewährleisten. Jedoch müsse dies mit Gründlichkeit geschehen.

Es gelte weiterhin, unklare Rechtslagen zu beseitigen, die sich unter anderem nach der Amnestie vom 6. Dezember 1989 aufgrund unterschiedlicher Auslegung dieses Beschlusses ergeben hätten. Hier bedürfte es dringend einer Klärung durch den Staatsrat. Im Zusammenhang mit der Amnestie werde ebenfalls deutlich, daß das Rechtsbewußtsein der Bürger weiterentwickelt werden müsse.

Staatsorgane seien durch zunehmenden öffentlichen Druck derartig verunsichert, daß sie selbst geltendes Recht nicht in jedem Fall konsequent durchsetzen.

Dies jedoch führe uns, wenn wir es nicht sofort verändern, ins Chaos. "Das was wir jetzt brauchen", sagte Dr. Wolff weiter, "ist Besonnenheit von der Gesetzgebung bis zur Anklagerhebung und Verurteilung sowie bei der Durchsetzung der Gesetze."

Zuvor hatten Anwälte der Hauptstadt zu verschiedenen Rechtsproblemen Stellung genommen. Udo Blümel informierte über den Entwurf des 6. Strafrechtsänderungsgesetzes. Danach solle unter anderem eine Bestimmung aufgenommen werden, nach der Amtsmissbrauch zur persönlichen Bereicherung geahndet wird. Cornelius Bortfeld wandte sich gegen vorschnelle Veröffentlichungen in den Medien und solche, die durch falsche Wortwahl eine Vorverurteilung darstellen. Um dies künftig auszuschließen, sollten die Anwälte stärker mit den Medien zusammenarbeiten.

Über Probleme der Rehabilitierung zu Unrecht Verurteilten sprach Grisca Warner. Das Ministerium der Justiz habe einen entsprechenden Gesetzentwurf vorbereitet. Derartige Urteile seit Gründung der DDR würden in die Zehntausende gehen. Die materielle Entschädigung dieser Bürger ergebe eine unermeßliche Summe. Häufig seien keine Unterlagen der Verfahren mehr vorhanden.



Schalk auf freiem (Pferde-) Fuß Karikatur: Klaus Arndt

**SED-PDS: Meinungsvielfalt
statt Meinungsmonopol**

Beratung der Chefredakteure der Bezirkszeitungen

Berlin (ND). Am Mittwoch fand eine Beratung der Chefredakteure und Verlagsdirektoren der Bezirkszeitungen der SED-PDS mit dem Vorsitzenden der Partei Gregor Gysi und dem Mitglied des Präsidiums des Parteivorstandes Lothar Bisky statt. Dabei wurde folgender gemeinsamer Standpunkt erarbeitet:

Die SED-PDS wünscht im Lande eine Meinungsvielfalt und kein Meinungsmonopol, auch nicht für sich selbst. Dabei ist das Leserinteresse nach objektiver Information, die sozialen und ethischen Interessen der Journalisten, unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit, zu verteidigen. Weiterhin soll den anderen Parteien und Bewegungen zunächst bis zu den Wahlen Gelegenheit gegeben werden, sich in diesen Bezirkszeitungen selbst darzustellen, solange sie über keine eigene Zeitung verfügen und mithin kein Pressebewerbstoff sind. Die Formen können mit diesen Parteien und Bewegungen eigenver-

antwortlich durch die Chefredakteure und Verlagsdirektoren abgestimmt werden. Es ist darauf zu achten, daß den Abonnenten nicht das Recht auf ihre Zeitungen genommen werden darf. Für die Zukunft ist die Bildung von Verlagsgesellschaften zu prüfen.

Entgegen bestehender Vermutungen vergibt die Presse- und Informationsdienst bei der Regierung die Lizenzen und damit auch das Papierkontingent für Zeitungen und Zeitschriften. Der Presse- und Informationsdienst ist nach der Trennung von Partei und Staat von der Partei unabhängig. Abgesehen von den Zeitungen geben die Teilnehmer der Beratung ihrer Auffassung Ausdruck, daß schnellstens Beiträge bei allen staatlichen Medien zu bilden sind, die eine objektive, chancenreiche Berichterstattung sichern sollen. Die hier unterbreiteten Vorschläge sollen den Vorständen der Partei und den Teilnehmern des Runden Tisches zur Beratung vorgelegt werden.

**Impulse für demokratische
Kunst- und Intelligenzpolitik**

Kommission beim Parteivorstand der SED-PDS tagte

Berlin (ND). Am Mittwoch beriet in Berlin die Kommission Kultur-, Wissenschafts- und Bildungspolitik beim Parteivorstand der SED-PDS.

Die Kommission will im Sinne von Freiheit und Eigenverantwortung in den Wissenschaften und Künsten wirken und initiativ bei der Bildungsreform in unserem Land mitarbeiten. Dem Gremium unter dem Vorsitz von Klaus Höpcke, Mitglied des Parteivorstandes, gehören Künstler, Pädagogen, Wissenschaftler, Kulturschaffende und Journalisten an. Stellvertreter des Vorsitzenden sind die Schriftstellerin Helga Königsdorf, der Philosoph Professor Reinhard Moock und die Pädagogin Professor Christa Uhlir.

**Vereinte Linke gegen
Verfassungsänderung**

Berlin (ADN). Mitglieder und Berater der "Initiative für eine vereinte Linke" am Runden Tisch haben die Abgeordneten der Volkskammer dazu aufgefordert, einer Änderung der Artikel 12 und 14 der Verfassung nicht zuzustimmen. Ein entsprechender Antrag der Regierung zielt nach ihren Worten auf die juristische Absicherung für das Eindringen westlichen Kapitals in unser Land und die Verwundlung der Anteile, die aus volkseigenen Betrieben kommen, in "nationales" Kapital. Das stehe im Widerspruch dazu, daß eigentlich mit der revolutionären Umwandlung die sozialistische Erneuerung in Angriff genommen werden sollte, meinen die Unterzeichner des Aufrufs.

Der Hinweis auf Maximalbeteiligung ausländischer Firmen von 49 Prozent könne nicht überzeugen, heißt es weiter, da von ihnen trotzdem auf wichtige Bereiche wirtschaftliche Macht ausgeübt werden könne. Rechtsregelungen über die Zulassung ausländischer Kapitalbeteiligungen bedürften außerdem der gleichzeitigen Neuordnung unter anderem des Arbeits- und des Steuerrechts, zumindest aber der Regelung der Eigentümerrechte der Werktätigen in der volkseigenen Industrie.

**Warnstreik im Suhl
Elektrogerätewerk**

Suhl (ADN). Für eine Stunde legten am Mittwoch etwa 1000 von insgesamt 1500 Beschäftigten im Elektrogerätewerk Suhl ihre Arbeit nieder. Mit dem Warnstreik, dem sich auch Werkstätten aus dem Zentralen Rationalisierungsmittelbau des VEB Ultra-

Nochmals: Betriebsräte

"Betriebsräte - eine wirksame Interessenvertretung von Kollektiven" überschrieben wir am Dienstag auf unserer Seite 3 einen Beitrag von Prof. Dr. Vera Thiel, Rechtswissenschaftlerin an der Humboldt-Universität. Darauf reagierte Werner Peplowski, Vorsitzender des Komitees zur Vorbereitung des außerordentlichen FDGB-Kongresses mit einer scharfen Replik an die Autorin, respektive an unsere Redaktion. Im Kern seiner längeren Ausführungen wandte er sich entschieden dagegen, den Betriebsräten gleiche Befugnisse zu übertragen, wie sie bisher die zuständigen betrieblichen Gewerkschaftsleitungen nach dem Arbeitsgesetzbuch haben: "Nur" - so wörtlich - "weil SED-PDS das gefordert hat!"

Zunächst: Wir haben wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß Leserzuschriften oder Autorenbeiträge in unserer Zeitung nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion widerspiegeln müssen. Die Zeiten sind - gottlob! - vorbei. Als Parteizitung wollen wir bei demokratischen Meinungsbildung in der SED-PDS und darüber hinaus beitragen. Es ist nachgerade eine Unterstellung, unsere Zeitung stünde nur einer vorstansdsGenehmigen Meinung offen.

Sehen wir uns trotzdem an, was der Vorstand zum Für und Wider von Betriebsräten wirklich gesagt hat. Es war am Montag in unserer Zeitung nachzulesen, daß die SED-PDS für Betriebsräte als eine notwendige Form der Demokratisierung der Wirtschaft" eintritt, die "keine Konkurrenz zu stark organi-

sierten Gewerkschaften sind. Darin sollte der entscheidende Unterschied zu westlichen Betriebsräten liegen." (Gregor Gysi). Schon insofern ist die Überschrift, die die Zeitung der Gewerkschaften "Tribüne" gestern gewählt hatte, um die Peplowski-Stellungnahme abzuordnen, nämlich "Direkte Konfrontation mit Gewerkschaften", schlicht irreführend. Die SED-PDS ist für starke Gewerkschaften und für Betriebsräte! Wir sind darüber hinaus vor allem dafür, daß es kämpfende Betriebsräte und kämpfende Gewerkschaften gibt, bevor das Kapital kommt; für eine wirksame Interessenvertretung der Werktätigen in allen Unternehmen, namentlich natürlich in jenen - wie Joint ventures etwa - wo auf Grund der Besitzverhältnisse Interessenkonfrontationen naheliegender sind.

Wie sich das Verhältnis von Gewerkschaft und Betriebsrat konkret gestaltet, wer im Betriebsrat sitzt, ob Vertreter der Kommune beispielsweise hinzugezogen werden, darüber haben nur jene zu befinden, die den Betriebsrat wählen - die Werktätigen selbst. In einer ganzen Reihe von Betrieben ist das schon geschehen. Aber ein Betriebsrat ohne das gewichtige Wort der Gewerkschaft ist als wirksame Interessenvertretung freilich schwer vorstellbar. Wenn die Vorschläge und Überlegungen, die unsere Autorin Vera Thiel in die Debatte eingebracht hat, die in vielen Betrieben geführt wird, diskutabel sind - um so besser. Wir sind für einen Betriebsrat, damit nicht guter Rat eines Tages zu teuer für die Werktätigen wird. Helfried Liebsch

Heuchelei und Hoffnung

Heftige Kämpfe um das Herz der Reisprovinz Battambang und eifrige diplomatische Bemühungen um einen neuen Friedensplan vermehren die jüngsten Nachrichten aus und über Kambodscha. Leider war vorherzusehen, daß die Truppen der "Khmer Rouge" den 11. Jahrestag des Sturzes Pol-Pots nicht verstreichen lassen würden, ohne in der ihnen eigenen, berüchtigten Manier auf sich aufmerksam zu machen. Eines ihrer Angriffsziele nach eigenem Bekunden: der Markt von Battambang. Neues Leid für unerschuldigte Kambodschaner, neue Schuld für die Pol-Pot-Erben und für jene, die sich ihnen als Handlanger im Dschungel und auf internationalem Parkett anbieten. Denn einerseits entrüßt "Haltet Pol Pot!" zu rufen, andererseits aber auf Teilhaberschaft an dessen eventueller Beute zu spekulieren, wie das bis jetzt im Westen durchaus solonfähig schien, war und ist pure Heuchelei. Leidtragende sind Millionen Kambodschaner, die Tag für Tag weitere Opfer beklagen, statt ihr Land aus tiefer Rückständigkeit befreien zu können.

Die Geschichte des Kambodschanenkonflikts zeigt, daß es gemeinsamer, internationaler Anstrengungen bedarf, das Leid zu beenden. Die Hoffnung auf solche Gemeinsamkeit wird derzeit durch den Plan des australischen Außenministers Gareth Evans genährt. Kambodscha, so der Vorschlag, sollte bis zu freien Wahlen "à la Namibia" unter die Übergangsverwaltung der Vereinten Nationen gestellt werden. Die Regierung Hun Sen in Phnom Penh würde aufgelöst, aber auch das Exil-Kabinett unter Prinz Sihanouk würde nicht an der Verwaltung beteiligt werden. Kambodschas UNO-Sitz, bisher von den Exilanten besetzt, bliebe bis zu den Wahlen frei.

In Phnom Penh - so heißt es - hält man einen solchen Weg für diskussionswürdig. Das spricht dafür, daß Kambodschas durchaus populärer Premier Hun Sen Wahlen nicht fürchtet. Hanoi und Bangkok scheinen dem australischen Plan ebenfalls aufgeschlossen gegenüberzustehen. In der kommenden Woche wollen die Ständigen Mitglieder des UNO-Sicherheitsrates über das Evans-Projekt beraten. Sowjetisch-chinesische Gespräche dazu fanden dieser Tage in Peking statt. Abermals ein Hoffnungspunkt also - aber wie oft, schon trotz die Hoffnung der Kambodschaner! Detlef-Diethard Prijs

Ohne lästige Auflagen

"Jetzt hat sich die Auffassung durchgesetzt, das Beste für den Sozialismus ist Offenheit." Diese von hörbarem Aufatmen begleitete Feststellung eines gestandenen DDR-Journalistenkollegen findet in unseren Medien inzwischen täglich ihren Niederschlag. Sie ist zu einem Stück Normalität geworden. Gut so. Denn mit dem Vormundschafts-Sozialismus auch den Vormundchaftsjournalismus zu verabschieden, das macht Sinn. Das zeugt von Souveränität und "Volljährigkeit".

Um so begrüßenswerter, daß die Entledigung von einheimischem Auftragsjournalismus nun durch eine Normalisierung der Arbeitsmöglichkeiten für ausländische Kollegen in der DDR ergänzt worden ist. Entsprechende Änderungsvorschläge hatte DDR-Regierungssprecher Wolfgang Meyer, selbst Journalist, zunächst dem Ministerrat unterbreitet. Inzwischen wurde die Verordnung im DDR-Gesetzblatt veröffentlicht. Sie befreit ausländische, also nicht zuletzt westliche - ständig oder zeitweilig akkreditierte - Korrespondenten in der DDR von lästigen, international unüblichen Auflagen.

Die Veränderungen, machen wir

Salzgitter

"Das wäre wohl das Allerletzte", entfuhr es der bayerischen Justizministerin Berghofer-Weichner. "Selbstverständlich" werde sie sich einer Schließung widersetzen. In Harnisch geriet die Dame bei dem bloßen Gedanken daran, die Bundesregierung könnte die Auflösung der "Zentralen Erfassungsstelle Salzgitter" ernstlich erwägen. Bei seinem Besuch in Dresden hatte Kanzler Kohl dies gegenüber Premier Modrow in Aussicht gestellt, "wenn die Voraussetzungen im Zuge der Reformen in der DDR entfallen sind".

Wenn das sein wird, ist eine Ermessensfrage. In einem Jahr, in drei oder zehn Jahren? Seit 1961 hat die "Zentrale Erfassungsstelle der Landesjustizverwaltungen zur Registrierung und Aufklärung von Gewalttaten an der Zonenangrenzlinie" etwa 80.000 Fälle erfaßt. Existenz und Praxis dieser Institution stoßen auch in der BRD auf wachsende Kritik. SPD-regierte Länder haben ihre finanzielle Unterstützung für die Erfassungsstelle eingestellt. Politiker und Rechtswissenschaftler sehen in ihr eine Belastung für die angestrebte Vertragsgemeinschaft zwischen beiden deutschen Staaten.

Falls sich die Vernunft durchsetzt und Salzgitter tatsächlich aufgelöst würde, wäre der Vorschlag unseres Lesers Dr. Ludwig Einicke aus Potsdam zu prüfen. Er regt an, eine Bürgerinitiativ- oder einen Bürger-Kontrollausschuß unter Beteiligung von DDR-Bürgern zu bilden, die diesen Vorgang überwachen. Gerd Prokot

uns nichts vor, waren überfällig. Erst sie bringen uns in Gleichschritt mit manchen internationalen Verpflichtungen, die einzulösen die DDR im KSZE-Prozeß längst übernommen hatte. Sie sind ein Akt der Müdigungssprechung von Journalisten wie Bürgern, deren Bedeutung haben sie ja nicht nur für die Medien. Die Normalisierung in diesem sensiblen Bereich ist vielmehr Gradmesser für Demokratieverständnis insgesamt.

Die Neuregelung bedeutet einfach mehr Rechtsstaatlichkeit, mehr Selbst- und Rücksichtnahme auf die Notwendigkeit, tolerant und zivilisiert miteinander umzugehen. Sie vergrößert freilich auch die Notwendigkeit, in der Kultur des politischen Streitens nicht zu versagen. Die nämlich wird fortan von allen mehr denn je erwartet. Durch Gründlichkeit in der Recherche und Fairness im Umgang, durch Respekt vor Recht, Gesetz und gutem Ruf, durch Sachlichkeit in Inhalt und Ton, durch Objektivität in der Berichterstattung. Ein weites Feld, eine große Herausforderung - mit Brunnenvergiftung wird es nicht zu bestellen, mit Annäherung wird sie nicht zu beantworten sein.

Reiner Oschmann

Offenes Ohr

Als ich mit einigen Tagen Verspätung Berichte von der Antifaschismus-Demo am Treptower Ehrenmal sah, stand ich in Gedanken bei denen, die lautstark Unmut über die LDPD bekundeten.

Je mehr ich darüber nachdenke, desto stärker kommen mir Zweifel. Was es etwa nicht wichtig, daß die LDPD an dieser Kundgebung teilnahm und sich durch ihren Redner gegen Neonazismus bekante?

Hier in Warschau konnten wir DDR-Korrespondenten dieser Tage an einem Treffen von Vertretern der Opposition unseres Landes mit Senatoren von Solidarność teilnehmen. Summiere ich, was von beiden Seiten gesagt wurde, stehe ich in vielen Punkten hinter dem, was die Partner dieses Treffens äußerten. Das betrifft vor allem die Sorge um die friedliche Zukunft Europas, der beiden deutschen Staaten. Die von den Solidarność-Senatoren dringlich erhobene Forderung nach Unantastbarkeit der Oder-Neiße-Grenze fand die Zustimmung sowohl des Vertreters von "Frieden und Menschenrechte", von "Demokratie jetzt" und vom "Demokratischen Aufbruch". Das ist auch ein Grundsatz der Politik meiner Partei.

Kundgebungen sprechen eine andere Sprache. Aber ist es nicht Angst des Gefährs für unser Land DDR ebenso genaug zu zuzuhören und sich über Lebensfragen zu verständigen? Wolfgang Rex, Warschau